BALL Zeitung

BARMSTEDTER LINKE LISTE

27. JAHRGANG
NUMMER 5
November 2017

Verantwortlich i. S. des Presserechts: Ball-Zeitung
Helmut Welk, Barmstedt
Telefon: 04123 / 61 72

www.ball-barmstedt.jimdo.de

Tunnelblick Automobilindustrie hält an überholten Antrieben fest

Die Strategie der Automobilindustrie, Pkw mit Dieselmotoren als Klimaretter in den Markt zu drücken, ist gescheitert. Gesundheitsschutz der Menschen wurde von Konzernstrategen missachtet. In den USA kostet dieses Treiben allein VW mehr als 20 Milliarden Dollar, 30000 VW-Beschäftigte kostet es den Arbeitsplatz. Neben VW haben weitere Hersteller Abgaswerte manipuliert. Der Diesel in Pkw hat keine Zukunft. Saubere Antriebstechniken und vor allem Alternativen zum motorisierten Individualverkehr müssen sofort in Angriff genommen werden; damit Hunderttausende Beschäftigte der Branche eine Zukunft haben.

100 Tage im Amt

Gewerkschaft kritisiert die neue Landesregierung

Die neue Landesregierung in Schleswig-Holstein, bestehend aus CDU/FDP und Grüne, hat in ihren ersten hundert Tagen nicht den Beweis erbracht, dass sie ein gutes Vorbild auch für die Bundespolitik sein kann.

„Anpacken statt rumschnacken, wurde uns versprochen. Ergebnisse konnte diese Regierung seit ihrem Start aber kaum produzieren. Noch ist Jamaika-Nord das Land, wo die Vorschusslorbeeren blühen. Es ist kein gutes Startsignal, dass diese Landesregierung mit dem neuen Mittelstandsbeirat den Pfad der bewährten sozialpartnerschaftlichen Beteiligung verlässt und Arbeitnehmervertreter ausschließt. Und wenn ein FDP-Minister persönliche Abneigungen gegen den Vergabemindestlohn zu Protokoll gibt, sogar eine Bundesratsinitiative der Jamaika-Koalition gegen die Dokumentationspflicht beim gesetzlichen Mindestlohn ankündigt, dann sind das für Arbeitnehmer keine guten Nachrichten. Wer an der Lohnuntergrenze herumfummeln will, wird auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften treffen", sagt Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord.

„Wenn künftig noch mehr bei Arbeitszeiten und Stundenlöhnen getrickst und geschummelt werden kann, ist der Mindestlohn das Papier nicht wert, auf dem er steht. Auch die Unternehmer sollten – in Kiel wie in Berlin – alle Versuche unterlassen, geltende Regeln und soziale Errungenschaften schleifen zu wollen. Dafür hat niemand der Koalitionsparteien ein Mandat erteilt. Im Gegenteil: Nötig sind Maßnahmen, die Arbeitnehmerängste abbauen und mehr Sicherheit und Ordnung am Arbeitsmarkt schaffen, vor allem durch mehr tariflich entlohnte, sozialversicherte und unbefristete Arbeit."

DGB-Nord Pressemitteilung 11.10.2017

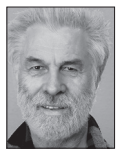
Stadtvertretung beschließt weitere Straßenausbauprogramme

BALL: Anliegerbeiträge müssen weg!

Am 10. 10. 2017 beschlossen CDU, FWB, SPD und Grüne in der Stadtvertretung die Straßenausbauprogramme für die Danziger Straße und den Erlengrund. Die BALL-Fraktion enthielt sich. Wir sind selbstverständlich nicht gegen die Erneuerung der maroden Straßen und der Kanalisation, aber gegen die erhebliche Heranziehung der Anlieger an den Ausbaukosten. Die BALL kritisiert seit längerem die meist in die Tausende gehenden Anliegerbeiträge, die von den Bürgerinnen und Bürgern beim Straßenausbau zu zahlen sind. Die Bevölkerung zahlt genügend Steuern, mit denen die Erneuerung und Unterhaltung der Straßen erfolgen müßte: Grundsteuer, Mineralölsteuer, KFZ-Steuer… Anstatt diese Steuereinnahmen für den Strassenausbau zu verwenden, sollen in den Städten und Gemeinden, die Anlieger den Ausbau durch saftige Anliegerbeiträge bezahlen. Durch diesen Schachzug (Umverteilung von unten nach oben) ziehen sich Bundes- und Landesregierungen aus der Straßenausbaufinanzierung zurück. So kann die Bundesregierung mit der „schwarzen Null" prahlen und die Steuergelder z.B. für die neuen Aufrüstungsprogramme der Bundeswehr einsetzen.

Um als finanzschwache Stadt eine möglichst hohe Fehlbetragszuweisung von der Landesregierung zu erhalten, ist sogar eine weitere Erhöhung der Anliegerbeiträge für den Straßenausbau von der Barmstedter Stadtvertretung vorbereitet, die von der BALL entschieden abgelehnt wird: bei Anliegerstraßen sollen die Bürger 80 % statt bislang 75 % der Ausbaukosten tragen, bei Hauptverkehrsstraßen 55% statt bislang 50%. Diese Erhöhung wurde vor kurzem vertagt, da zunächst abgewartet werden sollte, was die neue CDU/FDP/Grüne-Landesregierung beschließt. Auf Landesebene gibt es auch in zahlreichen anderen Städten Initiativen zur Abschaffung der Anliegerbeiträge.

Darauf hat die Landesregierung reagiert und einen Gesetzentwurf vorgelegt, der es den Kommunen freistellen soll, Anliegerbeiträge zu erheben. Die BALL wird sich in der Stadtvertretung, sobald das Gesetz beschlossen ist, für die Abschaffung der Anliegerbeiträge in Barmstedt einsetzen, und dies zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Wir übersehen allerdings nicht, dass diese Wahlfreiheit der Kommunen einen schweren Haken hat: auf mehrere hunderttausend Euro an Anliegerbeiträgen können sehr leicht schuldenfreue Städte und Gemeinden verzichten; bei finanzschwachen Gemeinden wie Barmstedt werden diese fehlenden Einnahmen an anderer Stelle im Haushalt dann weggekürzt oder das Defizit steigt. Unbedingt erforderlich ist es deshalb, dass die finanzschwachen Gemeinden entsprechende Ausgleichsbeiträge für den Straßenausbau erhalten. Wie sagte doch jüngst ein älterer Barmstedter:



Helmut Welk

„Statt Panzerstraßen in Afghanistan zu bauen, wäre es besser hier die Straßen zu unterhalten."

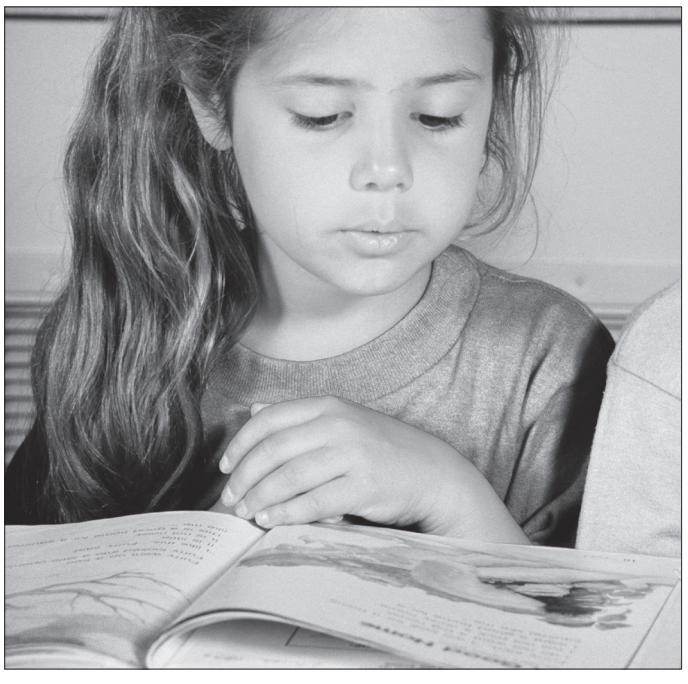
Schulbesuch wird für viele Eltern und Kinder immer teurer

BALL fordert Lernmittelfreiheit

Die BALL-Fraktion in der Stadtvertretung will wissen, wieviel im Schuljahr die Eltern für dieses und jenes für ihr Schulkind hinzuzahlen müssen. Es ist zwar die Rede von „Lernmittelfreiheit", aber tatsächlich steht diese seit langem nur auf dem Papier.

Dr. Günter Thiel

Die Eltern werden ständig zusätzlich zur Kasse gebeten: Verbrauchsmaterial, Bücher, Extraangebote, Ausflüge – die Anlässe und Begründungen sind vielfältig. Von den Kosten für Fahrten, Schulessen oder Schulkinderbetreuung ganz zu schweigen. Im letzten Jahr (Drucksache 18/4685) hat das Kieler Bildungsministerium eine Studie zur Aushöhlung der Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein veröffentlicht. Danach zahlten im Mittel die Eltern 1.000,00 Euro pro Kind und Schuljahr hinzu. Für Bücher zahlten die Eltern knapp 50,00 Euro hinzu, für Verbrauchsmaterialien 89,00 Euro. Die höchsten Kosten entstanden für Versorgung und Betreuung und Fahrkosten (bei Fahrschülern). Im Mittel lagen diese bei 395,00 Euro für diejenigen, die tatsächlich am Schulessen oder der Schulkinderbetreuung teilgenommen hatten. Ausgehend von dieser Studie müssen die tatsächlichen Zuzahlungen der Eltern vor Ort konkret erhoben werden.



Ziel der BALL-Initiative ist es, dass die Schulen von der Stadt soviel an Zuschüssen für Lernmittel und Unterrichtsmaterialien sowie Kleinanschaffungen erhalten, dass sie die Eltern nicht extra zur Kasse bitten müssen. Vor allem Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten sind von den hohen Elternzuzahlungen besonders betroffen. Kinder aus Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften können zwar 100,00 Euro pro Jahr „Bildungsgutschein" in Anspruch nehmen, aber dieser ist schon z. B. mit der Mitgliedschaft im Sportverein verbraucht.

Info-Coupon:

- ❑ Ich interssiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- ❑ Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk, Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

Stadtvertretung beschließt Kindergartenstandort

Baubeginn erst 2019?

Die Stadtvertretung hat am 10.10.2017 beschlossen, dass ein neuer Kindergarten an der Ecke Düsterlohe/Große Gärtnerstrasse (vor der Jugendbildungsstätte) oder alternativ im Bereich des neuen Baugebietes gegenüber dem Sportplatz des SSV Rantzau (B 72 B) gebaut werden soll. Damit ist ein vorläufiger Schlusspunkt unter eine lange andauernde Debatte um den Standort gesetzt worden.

Bereits in ihrem Wahlprogramm vor mehr als 4 Jahren (!) hatte die BALL auf die Notwendigkeit einer zusätzlichen Kita hingewiesen und dies in den städtischen Gremien immer wieder vorgetragen. Bereits damals gab es zahlreiche Nachfragen nach Kita-Plätzen und lange Wartelisten.

Durch die vielen neuen Baugebiete und dem damit verbundenen Anstieg der Bevölkerungszahl stieg auch die Zahl der in Kitas unterzubringenden Kinder weiter, so dass die Situation immer schwieriger wurde.

In der Stadtvertretung und den Ausschüssen wurde ein Neubau von den anderen Parteien

Klaus Kuberzig

aber immer wieder verhindert. Der Hauptgrund war dafür sicherlich: Die Stadt ist verschuldet und eine weitere Kita ist teuer. Fakt ist aber, dass es einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz gibt.

Ende August 2017 fehlten insgesamt 92 Plätze im Elementar-, Hort- und Krippenbereich. Nach mehreren Diskussionen im Sozialausschuss, im Bauausschuss und letztlich in der Stadtvertretung wurde jetzt endlich der Beschluss für einen Neubau gefasst, weil die hohe Zahl an Wartenden auch für die anderen Rathausfraktionen keine weitere Verzögerung mehr zuließ.

Wer aber nun glaubt, dass der Platzmangel schnell behoben wird, der wird bitterlich enttäuscht werden. Wenn der endgültige Standort geklärt ist, beginnt die eigentliche Arbeit: z.B. Findung eines Trägers, Beantragung von Zuschüssen, Beauftragung der Architekten, Ausschreibungen für die Arbeiten und begleitende Diskussionen in den zuständigen Ausschüssen. Nach Aussagen der Stadtverwaltung werden hierzu voraussichtlich zwei Jahre benötigt, bevor mit dem eigentlichen Bau begonnen werden kann. Die ersten Kinder werden also frühestens Mitte 2020 dort „einziehen" können. Das heißt auch, dass zumindest die älteren Kinder, die auf den jetzigen Wartelisten stehen, von der neuen Kita nichts haben werden.

Übrigens: Wenn weiterhin für einen Bevölkerungszuwachs geworben wird und neue Baugebiete ausgewiesen werden sollen, dann halten wir es für notwendig, bereits den nächsten Kindergarten zu planen. Es dürfen nicht wieder so viele Jahre vergeudet werden! Dafür werden sich die Stadtvertreter der BALL konsequent einsetzen.

Unser Appell an die Kolleginnen und Kollegen der Barmstedter Stadtvertretung, deren Parteien auch im Kreis- und Landtag vertreten sind und dort „was zu sagen" haben: Setzt Euch dafür ein, dass die Städte und Gemeinden vor allem mehr Geld zur Verfügung bekommen und vielleicht auch die eine oder andere bürokratische Hürde abgebaut wird. Sorgt dafür, dass Eure Parteioberen endlich für eine zügige Umsetzung von Maßnahmen in den Kommunen Sorge tragen, damit das Recht auf einen Kita-Platz nicht ad absurdum geführt wird. Und selbstverständlich steht die BALL an der Seite derjenigen, die endlich gebührenfreie Kita-Plätze durchsetzen wollen.

Ärzteversorgung in Barmstedt:

Weiter nur kleine Schritte

Jetzt beschloss der Hauptausschuss der Stadt, dass in Kooperation mit der Ärzte-Berufsgenossenschaft mit der Entwicklung eines Konzeptes begonnen werden soll, damit die ärztliche Versorgung in Barmstedt erweitert wird. Es erfolgen eine Analyse der aktuellen Situation sowie erste Gespräche mit der Barmstedter Ärzteschaft. Die Barmstedter Seniorenvertreter forderten dies nachdrücklich. Die CDU lehnte dies ab, da ihr rd. 4.000 Euro dafür zu viel waren. Für die BALL-Fraktion erklärte Dr. Günter Thiel: „Alle bisherigen mehr oder weniger halbherzigen Versuche die ärztliche Versorgung zu verbessern, hatten in der Vergangenheit keinen Erfolg. Aber da darf man nicht resignieren sondern muss neue Wege versuchen, um zum Erfolg zu kommen. Die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie unter Nutzung des Wissens der Ärzte-Genossenschaft ist ein solcher Versuch, und die ärztliche Versorgung der Menschen in unserer Region muss uns das wert sein." Der BALL-Vertreter wies darauf hin, dass man versuchen müsse die gegenwärtigen, sehr begrenzten Möglichkeiten des Gesundheitssystems zu nutzen: es wäre jedoch eine Verbesserung, wenn es gelänge in einem Ärztezentrum durch Kooperation die Notfalldienste vor Ort auszuweiten sowie eine weitere Hausarztpraxis anzusiedeln, vielleicht sogar die fachärztliche Versorgung etwas zu verbessern. Darauf müsse man hinarbeiten, und wenn es entsprechende Unterstützung aus der Bevölkerung gäbe – um so besser.

Kreis Pinneberg:

Schon über 10.000 Nebenjobbende

Wer heute einen Job sucht, findet häufig keine feste und gut bezahlte Arbeitsstelle, sondern oft nur eine prekäre Beschäftigung. Prekär bedeutet, man wird schlecht entlohnt, hat kaum Arbeitnehmerschutz und wenig berufliche Perspektiven. Immer mehr Menschen müssen sich mit einem Minijob, einem befristeten Arbeitsvertrag, einem Leih- oder einem Teilzeitarbeitsverhältnis zufrieden geben. In den 1990er Jahren war nur jeder fünfte Arbeitnehmer in einem solchen Beschäftigungsverhältnis, heute ist es bereits jeder dritte.

Prekäre Beschäftigung wird zumeist niedrig entlohnt. Mehr als jeder zweite Minijobbende oder der Befristeten verdient unterhalb der Niedriglohnschwelle von 10 Euro brutto pro Stunde. Frauen sind besonders häufig von prekärer Beschäftigung betroffen. So liegt der Anteil der Niedriglohnbezieherinnen an allen Arbeitnehmerinnen mit 27 Prozent wesentlich höher als der entsprechende Anteil der Männer (16 Prozent). Auch Jugendliche sind zunehmend Opfer dieser Entwicklung. Nahezu jeder zweite Beschäftigte (ohne Auszubildende) im Alter von 15 bis 24 Jahren bezog einen Niedriglohn.

Dass es immer mehr prekäre Arbeit gibt, ist nicht naturgegeben. Die Regierungen Schröder und Merkel haben sie im Gegenteil gezielt gefördert. Durch die Einführung von Hartz IV ist der Druck auf Erwerbslose massiv verstärkt worden, jeden Job anzunehmen. Die Qualität der Arbeit spielt keine Rolle mehr. Erwerbslose werden so zu Lohndumping und Niedriglohnbeschäftigung gezwungen.

Prekäre Arbeit ist fester Bestandteil einer arbeitsmarktpolitischen Strategie, die das Prinzip „jede Arbeit ist besser als keine" in den Mittelpunkt stellt. Arbeit um jeden Preis, ohne Rücksicht auf die Folgen für die Beschäftigten und die Gesellschaft. Die Folgen sind aber verheerend. Die Löhne sinken, Armut trotz Arbeit und Unsicherheit sind weit verbreitet. Die Rentenversicherungen leiden unter prekärer Beschäftigung, da ihre Einnahmen wegen der niedrigen Löhne zurückgehen. Die Qualität von Arbeit wird schlechter und Unsicherheit nimmt zu.

Etwa drei Millionen Menschen haben zusätzlich zu ihrem Hauptberuf einen Nebenjob. Damit haben sich die Anzahl der Mehrfachbeschäftigten und ihr Anteil an allen Arbeitnehmern in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Im Kreis Pinneberg haben 10.100 Menschen neben dem Haupterwerb noch einen Minijob. „57 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren," so die Gewerkschaft Nahrungs-Genuss- Gaststätten (NGG) Hamburg-Elmshorn. Die Gewerkschaftssekretärin Anne Widder, spricht von einem alarmierenden Trend. „Es kann nicht sein, das immer mehr Menschen mit einem normalen Arbeitsverhältnis nicht über die Runden kommen. Wenn laut Arbeitsagentur im Kreis Pinneberg jeder neunte sozialversicherungspflichtige Beschäftigte einen Nebenjob hat, dann ist in unserem Land etwas aus dem Ruder gelaufen. Viele derer, die auf einen Zweitjob angewiesen sind, würden, angesichts der geringen Einzahlungen in die Rentenversicherung, im Alter in Armut leben müssen."

Die Gewerkschaften und DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass prekäre Beschäftigung eingedämmt, abgebaut und existenzsichernde Arbeit aufgebaut wird. Minijobs dürfen nicht mehr gefördert werden. Jede Stunde Arbeit muss der vollen Sozialversicherungs- und Steuerpflicht unterliegen. Wer arbeitet, muss davon leben und sicher in die Zukunft blicken können sowie arbeitsrechtlich abgesichert sein. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 12 Euro pro Stunde ist notwendig.